

A n t r a g
(Alternativantrag)

der Fraktion DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/5552 -
Angemessene Erinnerung an die Friedliche Revolution vor 30 Jahren und den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 in Thüringen

Erinnerung an die Friedliche Revolution vor 30 Jahren und die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze am 9. November 1989 in Thüringen

I. Der Landtag stellt fest:

Mit dem 9. November 2018 eröffnet sich eine Kette der Erinnerung an Ereignisse, die sowohl für die deutsche als auch für die Thüringer Geschichte bedeutsam sind. Sie bedürfen in den kommenden Jahren sowohl gedenkpolitischer Aufmerksamkeit und Differenzierung als auch angemessener öffentlicher Würdigung.

Mit dem Bauhaus-Jubiläum, in dessen Rahmen im Bundesgebiet, aber auch in Thüringen, umfangreiche Veranstaltungen, darunter die Eröffnung des Bauhaus-Museums in Weimar, vorgesehen sind, und mit den bundesweit und in Thüringen vorgesehenen Veranstaltungen im Rahmen des Jubiläums der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar wird diesen für die Entwicklung der Demokratie und Kultur unseres Landes herausragenden Ereignissen Rechnung getragen. Parallel dazu wird durch Veranstaltungen der öffentlichen Erinnerung und Mahnung der Opfer der Reichspogromnacht des 9. November 1938 gedacht und darüber wird zugleich deutlich, dass dieses für die deutsche Geschichte bedeutsame Datum im Spannungsverhältnis von antisemitischer Repression einerseits und dem Wunsch nach Freiheit und Demokratie, ausgedrückt in der Ausrufung der Republik im Jahr 1918 und der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze im Jahr 1989, steht.

Das Zusammenfallen der Erinnerung an 100 Jahre Weimarer Republik und 30 Jahre Friedliche Revolution sowie an die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze ist eine Chance, gerade in Zeiten eines erhöhten Bedürfnisses nach Vergewisserung über die Grundlagen

unserer freiheitlichen Ordnung, den öffentlichen Diskurs in unserem Freistaat zu bereichern und Demokratiegeschichte praktisch werden zu lassen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Bis zum 31. Mai 2019 soll dem Landtag ein Thüringer Konzept zur Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989/1990 in der DDR vor 30 Jahren und die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze am 9. November 1989 vorgelegt werden.
2. Das Gesamtkonzept soll unter Einbeziehung unter anderem des Geschichtsverbands Thüringen, der Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Stiftung Ettersberg sowie der Universitäten Jena und Erfurt erarbeitet werden und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen für wesentliche Aspekte der Friedlichen Revolution enthalten.
3. Der zeitliche Rahmen soll das Ende der DDR umfassen und dabei auch die Impulse unter anderem aus Polen (Aufkommen der Solidarnosc) und der damaligen Sowjetunion (Perestroika und Glasnost) aufgreifen. Die gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 und die Volkskammerwahl am 18. März 1990 bilden wichtige Daten. Im Zentrum soll der Jahrestag der deutsch-deutschen Grenzöffnung stehen. Die daraus folgenden Ereignisse in den Nachbarstaaten mit der innereuropäischen Grenzöffnung und als Grundstein der europäischen Einigung sollen einbezogen werden.
4. Die Friedliche Revolution ging in einem beispiellosen Mut und Engagement von der Zivilgesellschaft aus. Daher sollte die Zivilgesellschaft in einem deutlich wahrnehmbaren Rahmen durch Beteiligung damaliger Akteure einbezogen und öffentlich gewürdigt werden. Die Verknüpfung mit aktuellen Landesprogrammen für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit bietet sich an.
5. Die vielfältigen Opfer der SED-Diktatur sollen einen Schwerpunkt darstellen. Die zahlreichen vorhandenen Gedenk- und Erinnerungsstätten, insbesondere im Bereich des Naturmonumentes Grünes Band, sind daher - als Orte der Erinnerung und Aufarbeitung - in angemessenem Umfang in Konzepterstellung und Durchführung der Veranstaltungen einzubeziehen. Als Stätten von Bildung und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhender Aufarbeitung und Aufklärung sollen sie darüber hinaus dauerhaft gestärkt werden. Dies muss auch für die drei Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gelten.
6. Durch das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien sind Materialien zur fächerübergreifenden Beschäftigung mit der Thematik aufzubereiten oder zu erstellen, damit die besondere Aufmerksamkeit für historische Themen in Gedenkjahren bestmöglich genutzt werden kann.
7. Mit benachbarten Bundesländern sollen zur Erinnerung an die Grenzöffnung an den jeweiligen Grenzorten von besonderer symbolischer Bedeutung gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden.

Begründung:

Der 9. November ist ein für die deutsche und die Thüringer Geschichte ebenso bedeutsamer wie ambivalenter Tag. Er steht für die Ausrufung der ersten deutschen Republik im Jahr 1918 und die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze im Jahr 1989 gleichermaßen wie für den Hitler-Ludendorff-Putsch im Jahr 1923 und die Reichspogromnacht im Jahr 1938. Wenn der Freistaat Thüringen im Jahr 2019 an die Friedliche Revolution und die Grenzöffnung vor 30 Jahren erinnert, gilt es also, das historische Spannungsfeld, in dem sich das Datum 9. November bewegt, stets zu berücksichtigen.

Friedliche Revolution und die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze müssen zudem immer im Kontext einer breiteren europäischen Entwicklung gedacht und gewürdigt werden, die ohne die in den 1980er Jahren erfolgten Veränderungsimpulse aus Polen und der damaligen Sowjetunion nicht denkbar gewesen wäre. Auch eine alleinige Fixierung des Erinnerns und Gedenkens auf den 9. November wäre ahistorisch, da die gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 und die Volkskammerwahl am 18. März 1990 ebenfalls zentrale Eckdaten der Friedlichen Revolution sind. Und nicht zuletzt gilt es, den beispiellosen Mut und das Engagement der Zivilgesellschaft zu würdigen, von der die Friedliche Revolution ausging und von der sie in all ihren Phasen maßgeblich getragen wurde.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Blebschmidt

Becker

Rothe-Beinlich